DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

C. Sachantrag

C.4. Einberufung einer Bildungskonferenz

Einreicher*innen: Eva Wolf

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Im zweiten Halbjahr 2021 wird eine Bildungskonferenz des Landesverbandes durchgeführt mit dem Ziel, für alle Bildungsbereiche Positionen der LINKEN zur Diskussion zu stellen und fortzuentwickeln.

Begründung:

Die Situation im Sächsischen Bildungssystem ist für viele Lernende/Studierende und ihre Familien existenzgefährdend und somit extrem besorgniserregend. Ja, vor Corona ist (nicht nur) in dem Fall auch nach Corona. Wie in vielen anderen Bereichen sind auch und gerade in der Bildung die bestehenden, in der Regel schon seit langem bekannten Defizite durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sichtbarer und zum Teil in ihrer Wirkung verschärft worden:

- Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer weiter. Nach wie vor gibt es in Deutschland insgesamt wie auch in Sachsen eine hohe Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen und regionalen Herkunft. Dies lässt sich auch bei den Bildungsabschlüssen nachweisen. Der soziale Status der Eltern ist überdurchschnittlich ausschlaggebend dafür, welchen Bildungsabschluss deren Kinder erreichen. (bpb Herkunft gleich Zukunft? 2009). Auch beim eigenständigen Lernen während der Corona-bedingten Schließung der Bildungseinrichtungen zeigten sich große Unterschiede nach sozialer Herkunft, auffällig etwa beim Zugang zum Internet oder eigenem Computer.
- Bei der Inklusion gibt es in allen Bildungsbereichen erheblichen Handlungsbedarf. Das reicht vom Zugang zur Bildungseinrichtung bis zur Akzeptanz des „Andersseins“.
- Ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen zwischen 10-17 Jahren in Sachsen zeigten 2019 diagnostizierte psychische Auffälligkeiten, 1,6 % aller Kinder und Jugendlichen litten unter einer diagnostizierten Depression, 2,2 % unter Angststörungen – das sind 10.000 Personen in dieser Altersgruppe (DAK Studie 2019).
- Nicht zuletzt durch Versäumnisse der Politik gibt es bundesweit wie in Sachsen einen erheblichen Fachkräftemangel in der frühkindlichen ebenso wie in der schulischen Bildung.
- Trotz Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kitaplatz kann dieser nicht immer gewährleistet werden, wie das Beispiel der Stadt Leipzig zeigt.
- Jede zweite Kita- Gruppe ist zu groß, d.h. trotz guter Qualifikation der Erzieher*innen in Sachsen leidet die Qualität der Bildung darunter. (Berthelsmann Stiftung 2019)
- Steigende Anzahl von Schulverweigerern* liegt bei einer Verdoppelung in den letzten fünf Jahren. Ursachen sind Unter- oder Überforderung, extremer Leistungsdruck, Mobbing, fehlende Zukunftsperspektive oder die Eltern sind „Freilern-Befürworter“.
- Anzahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss ist gestiegen, bundesweit waren es 6,3 % aller Schüler*innen in 2020 (INSM Bildungsmonitor 2020).
- Rückläufige Zahlen gibt es bei der Besetzung von Lehrstellen.
- Vorletzten Platz im Ranking der Bundesländer beim Beginn eines Bachelor-Studiums (INSM Bildungsmonitor 2020).

- Anteil der BAföG-Empfänger*innen unter den Studierenden ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen.
- An den Hochschulen dominieren nach wie vor befristete Beschäftigungsverhältnisse, was sich auch auf die Qualität der Lehre auswirkt.
- Auch in der Weiterbildung gibt es einen hohen Anteil prekärer Beschäftigung.
- Missachtung der Teilhabe aller Sächs*innen an bildungspolitischen Themen: z.B. der Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen, der Erhalt von Schulen im ländlichen Raum, Nutzung der digitalen Möglichkeiten, auch in komplizierten Zeiten, z.B. der Pandemie, Lernen stattfinden zu lassen, Lebenslanges Lernen in kulturellen Zentren, z.B. Volkshochschule, zu ermöglichen usw. usf.

Die LINKE Sachsen hat sich mit dem Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen in einem breit getragenen Bündnis für weitreichende Änderungen des sächsischen Schulgesetzes eingesetzt, ist aber dabei, diese Position zu verlieren, wenn nicht weiterhin daran gearbeitet wird. Unsere Aufgabe muss besonders in den nächsten Monaten darin bestehen, die Gründung von Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ vor Ort zu ermöglichen und die Ausgestaltung des Bildungsprozesses, nämlich was es tatsächlich heißt, länger gemeinsam zu lernen, inhaltlich zu begleiten.

Deshalb schlägt die LAG Bildung vor, sich gründlich mit derartigen Bewegungen, deren Inhalt sowie unseren Vorstellungen von zukünftiger Bildung für alle Menschen in Sachsen auseinanderzusetzen und in Fortschreibung der bildungspolitischen Leitlinien des Landesverbandes eine Strategie für die nächsten Jahre zu entwickeln.

Noch ist Bildungspolitik Ländersache – wir sollten das als Auftrag und Chance für eine weitgreifende Kampagne für eine selbstbestimmte Politik der Sächs*innen in Sachen Bildung betrachten.

Entscheidung des Landesparteitages: